



Stadtverwaltung Plauen

Oberbürgermeister
Herr Ralf Oberdorfer

Plauen, 23.06.2020

Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion stellt den Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zum Gedenken der Ereignisse des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR am 17. Juni 1953 ab dem Jahr 2021 jeweils am 17. Juni eine offizielle Gedenkveranstaltung zu initiieren.

Dieser Tag ist von Sitzungen, die von der Stadtverwaltung ausgehen, weitestgehend frei zu halten.

Für die Gedenkplatte, welche bis zum Abriss der ehemaligen Gefängnismauer öffentlich sichtbar an dieser angebracht war, ist in Zusammenarbeit mit der Studienakademie Plauen ein neuer ebenfalls öffentlich zugängiger Standort am Schloßhang zu suchen und festzulegen.

Der Verwaltungsausschuss am 09. September 2020 ist zur Beratung über den Umgang mit dem 17. Juni und der Anbringung der Gedenkplatte in Kenntnis zu setzen.

Die Umsetzung zur Anbringung dieser Gedenktafel sollte im Anschluss an diese Sitzung zeitnah, vor dem 3. Oktober 2020, erfolgen. Die Fraktionen sind zu diesem Termin einzuladen.

Begründung

Für die Entwicklung bis zur friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR war der 17. Juni 1953 ein herausragendes geschichtliches Ereignis, welches für die Zukunft der Menschen bedeutend war. Die Demonstrationen und Proteste führten durch diesen Volksaufstand zu politischen und wirtschaftlichen Forderungen. Dies sollte uns immer mahnend in Erinnerung bleiben.

Zahlreiche Termine des offiziellen Gedenkens werden in der Stadt bereits umgesetzt. Für uns als CDU-Fraktion gehört dieser historische Tag zu einer lebendigen Gedenkkultur ebenso dazu und ist daher als offizieller Gedenktag für Plauen von der Stadtverwaltung aufzunehmen.

Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender